

172 · 25.11.2011

Gaststätte darf bleiben

GEMEINDERAT Nackenheim macht Sondergebiet zu einem Mischgebiet

Von
Werner Baum

NACKENHEIM. Nur 20 Minuten dauerte die letzte Ratssitzung vor der Sommerpause, in der nur einmütige Beschlüsse gefasst wurden. In Vertretung des Ortsbürgermeisters hatte der Erste Beigeordnete Olaf Kimmes (FWG) erstmals die Sitzungsleitung übernommen.

Die siebte Änderung des Bauungsplans „Nördliche Pommardstraße“ wurde auf den Weg gebracht. Den Grund dafür erläuterte Kimmes. Im Bereich des Sondergebietes „Schulzentrum“ steht das 1985 errichtete Vereinsheim des Fußball Clubs (FC), der dort eine öffentliche Gaststätte betreibt. Dies sei in einem Schulgebiet nicht zulässig. Die Ortsgemeinde habe aufgrund der Nachfrage des Vereins bereits signalisiert, einer Umwandlung in ein

Mischgebiet zuzustimmen, damit das Lokal weiter betrieben werden kann.

In Absprache mit der Kreisverwaltung soll auch das Gelände der Kindertagesstätte (Kita) in der Pommardstraße zum Mischgebiet werden, damit keine briefmarkengroße Umwandlung zur Durchführung komme. Die Planunterlagen müssten noch einmal öffentlich zur Auslegung kommen. Der Beschluss wurde schließlich gefasst, das Areal des Vereinsheimes einschließlich der vom FC genutzten Freiflächen sowie das Grundstück der Kita als Mischgebiet auszuweisen.

Die Verbandsgemeinde-Verwaltung wurde beauftragt, die Ausschreibung für die Arbeiten in der Kita „Lernwerkstatt“ in der Pommardstraße freizugeben und die Vergabeermächtigung in der Sommerpause des

Rates vorzunehmen. Mit dem Umbau sollen dort ebenfalls neue Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen werden. Die gleiche Prozedur gilt für die Erweiterung der Kita „Blumenwiese“.

Eine Fläche für überdimensionale Werbeflächen, wie sie in der Stadt Oppenheim und in Nierstein an den Ortseingängen an der Bundesstraße 9 stehen, wird auch in Nackenheim gewünscht. Allerdings, so Kimmes, werde dies wegen der Enge an der Landesstraße 431 in der Ortsdurchfahrt schwierig werden. Für die Standortbefestigung und anderer Maßnahmen kämen auf die Gemeinde Kosten von rund 2600 Euro zu. Die Werbeeinnahmen für die Gemeinde seien allerdings nicht unerheblich. Der Beigeordnete schlug vor, die Angelegenheit noch einmal im Ausschuss zu beraten.

Gem. Rat, 10.06.2011